

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung

am 21.01.2004
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Drucksachenlisten (DL) (Drucksachenband)
Nrn.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die

**Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Beschäftigung am 21.01.2004**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung 1

0001 04-F-24-0001
Geplanter Teilabzug des BKA
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und
BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN vom 15.01.2004
Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung
mögen beschließen:

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung lehnen den Plan von Bundesinnenminister Otto Schily ab, sämtliche operativen und ermittlungsunterstützenden Organisationseinheiten des Bundeskriminalamtes, die bisher unter anderem in Wiesbaden ansässig waren, in Berlin zu konzentrieren.

Der Ältestenausschuss und der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung verurteilen es als untragbar, dass eine solch weitreichende Entscheidung wie der Teilabzug des BKA ohne vorherige inhaltliche Abstimmung mit den politischen Entscheidungsträgern der Landeshauptstadt Wiesbaden getroffen und über die Presse publik gemacht wird.

Der Magistrat wird gebeten, weiterhin alles in seiner Macht stehende zu tun, um sich für den Erhalt des BKA in Wiesbaden einzusetzen.

Insbesondere

wird der Magistrat gebeten, zusammen mit Vertretern des Gesamtpersonalrates, des Personalrates Wiesbaden des BKA sowie der Gewerkschaft der Polizei die Interessen der BKA-Mitarbeiter zu vertreten.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Beschäftigung am 21.01.2004**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Magistrat wird gebeten, zusammen mit der Hessischen Landesregierung und den Landtagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen zu verhindern, dass der Föderalismus durch die geplante Konzentration des BKA in Berlin weiter geschwächt wird.

Die Bundestagsabgeordneten aus Wiesbaden und den umliegenden Kreisen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich der Deutsche Bundestag kritisch mit den Konsequenzen einer BKA-Verlagerung auseinandersetzt.

Die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Frau Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wird gebeten, die Umzugspläne im Bundeskabinett weiterhin kritisch zu hinterfragen und auf eine Korrektur der Entscheidung des Bundesinnenministers hinzuwirken.

□ □

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 26. März 2004

Der/Die Vorsitzende

Der/Die SchriftführerIn

Winkelmann

Kessel

weitere/r SchriftführerIn